



## Ein kleiner Tipp zur Landtagswahl



# Totales RAUCHVERBOT droht

Millionen Menschen hier in NRW schätzen Tabakwaren. Vielen ist besonders wichtig, gerade in geselliger Runde Tabakrauch genießen zu können. Das nordrhein-westfälische Rauchverbotsgesetz erlaubt solche Oasen: Kleine Raucher kneipen, Raucher Räume in Restaurants, Geschlossene Gesellschaften, Brauchtumsfeiern wie Karneval oder Schützenfest. Aber wird das auch künftig so bleiben?

### **Nicht nur Raucher kneipen droht das Aus**

Am 13. Mai ist nicht nur Muttertag, sondern auch schon wieder Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Mehrere Parteien wollen gerne die Freiheit der Raucher und der Gaststätten weiter beschneiden. Dabei stehen die Kneipen mit weniger als 75 m<sup>2</sup> Gastraum und ohne zubereitete Speisen auf der Abschlusliste. Mit Raucherräumen, Rauchen in Vereinsheimen und Spielcasinos sowie Shisha-Bars wäre ebenfalls Schluss. Selbst für Festzelte würde dann ein absolutes Rauchverbot gelten. Wenn das durchkommt, darf man noch nicht mal bei der eigenen Hochzeitsfeier in einem gemieteten Saal das Rauchen erlauben. Und zu Karneval kommen Pappnasen vom Ordnungsamt die Feier kontrollieren.

### **Und was bedeutet das?**

Raucher sollen wie die Hunde vor die Tür geschickt werden, auch im kältesten Winter, und keinen gemütlichen Platz mehr bekommen. Tabakgenießer sollen wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, so will es die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Diese hat schon vor vielen Jahren die »tabakfreie Welt« zum Ziel erklärt – und das ist dann auch eine Welt ohne Tabakkonsumenten. Bei der Schweinegrippen-Hysterie, konnte man beobachten, welche Rolle die WHO spielt: mal eben die Definition von »Pandemie« ändern, damit man den Pharmakonzernen mit ihren Impfstoffen Kunden zutreibt. Tabak gilt für diese Kräfte auch schon lange als »Pandemie«. Und die Pharmakonzerne, die Nikotinpflaster und -kaugummis herstellen, sponsern die WHO dabei. In diesem Zusammenhang wird auch die Mär vom angeblich gefährlichen Passivrauchen verbreitet.<sup>1</sup> Und viele Politiker spielen die willigen Helfer.

Außerdem kreist der Pleitegeier über den NRW-Gaststätten. Totale Rauchverbote in der Gastronomie ha-

ben im In- und Ausland, in Irland und Großbritannien, in Spanien, sowie im Saarland und in Bayern nämlich gezeigt, dass dann eine Kneipe nach der anderen dicht machen muss, im Saarland z.B. musste innerhalb weniger Monate nach Inkrafttreten schon ein Viertel der Kneipen schließen.

### **Welche Parteien wollen das Totalverbot?**

Am lautesten schreien die »Grünen« nach der Raucherdiskriminierung. Deren Gesundheitsministerin Barbara Steffens hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der ein ganzes Dutzend Verschärfungen im Rauchverbotsgesetz vorsieht, inklusive eines absoluten Rauchverbots in der Gastronomie.

Aber auch die SPD mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat sich für diese Beschneidung der Freiheitsrechte von Tabakgenießern und Betreibern ausgesprochen.

Die Linkspartei hat sich zumindest in NRW ebenfalls in dieser Richtung geäußert.

Erst vor wenigen Wochen haben über 50.000 Bürger eine Petition gegen diese Verschärfungen unterschrieben. Das ist die Stimme des Volkes, das keine neuen Einschränkungen will!

Mündige Bürger, die Steuern zahlen und wählen gehen, brauchen nämlich keine Gesundheitsapostel, die mit erhobenem Zeigefinger gegen Rauch beim Feierabendbierchen, Polterabend oder Candle-Light-Dinner hetzen.

### **Das Kreuz mit dem Kreuzchen**

Wen also wählen? CDU und FDP haben sich bisher für eine liberalere Regelung, zumindest für die Gastronomie, eingesetzt.

Bei den Piraten weiß man nicht, woran man ist. FDP und CDU muss man nicht mögen, trotz allem dürften sie bei dieser wichtigen Landtagswahl aber das kleinere Übel sein. Bei den jetzigen Umfrageergebnissen würde ein Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde, also ein Nicht-Wiedereinzug in den Landtag, rechnerisch eine rot-grüne Mehrheit sichern. Dieser Preis muss klar sein, egal wie man zu der Partei steht.

<sup>1</sup> Mehr dazu auf den angegebenen Internetseiten

# Keine Stimme den Anti-Rauchern auch nicht am 13. Mai bei der Landtagswahl